



Lebach, den 9.11.2006

Mitteilung für die Presse

Stellungnahme der SPD-Fraktion zu einigen Tagesordnungspunkten der heutigen Stadtratssitzung

TOP 5: “Ausfallbürgschaft an den RSV Steinbach-Dörsdorf” in Verbindung mit TOP 8 “Anpassung der Entgelte für die Benutzung der städtischen Mehrzweckhallen, Sporthallen und Säle durch Dritte”.

Die Forderung des RSV Steinbach-Dörsdorf, mit dem SV Landsweiler gleichgestellt zu werden, ist nachvollziehbar: Der Bau des Rasenplatzes des SV Landsweiler wurde zu 52% von der Stadt Lebach bezuschusst; in Steinbach betrug der städtische Anteil dagegen lediglich 34,65%. Die SPD-Fraktion wird dem Vorschlag der Verwaltung, den Restzuschuss i.H.v. 37 557 € in 100 Raten zu je monatlich 375,57 € zu gewähren, zustimmen. Gleichzeitig fordern wir, die geplante Anhebung der Hallennutzungsgebühren i.H.v. 7,5 % nicht vorzunehmen.

Begründung: Die Fußballvereine wurden in der Vergangenheit und werden auch dato (s. oben) großzügig von der Stadt unterstützt. Aus anderen sport- oder kulturtreibenden Vereinen ist die Klage zu hören, dass ihr Engagement weit weniger unterstützt wird als das der Fußballvereine. Den Verzicht auf die Anhebung der Hallennutzungsgebühren verstehen wir als Ausdruck der Wertschätzung der Arbeit dieser Vereine und werden der Verwaltungsvorlage folglich nicht zustimmen.

TOP 10 Neufestsetzung der Friedhofsgebühren ab dem 1.1.2007

Die SPD spricht sich gegen die Anhebung der Friedhofsgebühren zum 1.1.2007 aus.

Begründung: Laut Verwaltungsvorlage erwartet man von der Anhebung Mehreinnahmen i.H.v. 6 400 €. Die Anhebung wird zum 1.1.2007 wirksam, dem Tag der Anhebung der Mehrwertsteuer auf 19 %. Wir sollten darauf verzichten, zeitgleich mit der Anhebung der Mehrwertsteuer an der Gebührenschaube zu drehen. Vor allem Bezieher kleiner Einkommen und Rentner erleben die wachsende Steuern- und Gebührenlast als bedrohlich.



Menschen gehen vor.

SPD

Fraktion Lebach

TOP 11 “Neufestsetzung der Kindergartengebühren”

Die SPD lehnt die Anhebung der Kindergartengebühren ab.

Begründung: Die familien- und bildungspolitische Debatte der letzten Zeit hat die große Bedeutung der vorschulischen Bildung der Kinder deutlich gemacht. Wir sind nicht der Auffassung, dass der Kindergarten gebührenfrei werden muss, wie dies von der saarländischen Landesregierung dereinst propagiert wurde und auch in anderen Bundesländern diskutiert wird, halten aber eine Anhebung der Gebühren in sozial- und bildungspolitischer Hinsicht für das falsche Signal.

Anna Schmidt